C) Festsetzungen durch Text

§ 1

Die Grundstücke Flurnummer 1098/2, 1095/1, 815, 815/1 und 815/2 jeweils der Gemarkung Appersdorf werden in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil Gerlhausen einbezogen bzw. abgegrenzt. (§ 34 BauGB). Die genaue Abgrenzung ergibt sich aus dem vorliegenden Lageplan im Maßstab 1 : 1.000.

§ 2

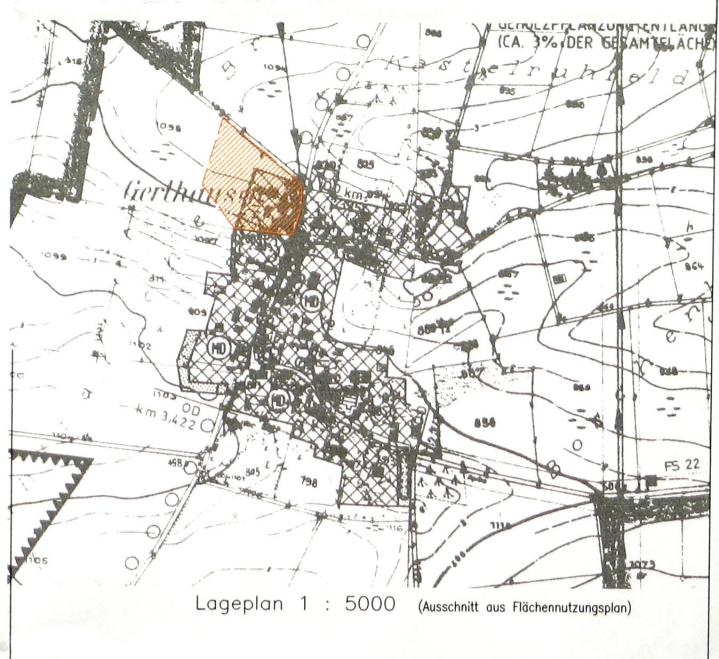
- (1) Innerhalb der in § 1 festgelegten Grenzen richtet sich die planungsrechtliche Zulässigkeit von Vorhaben (§ 29 BauGB) nach § 34 BauGB.
- (2) Soweit für ein Gebiet des gemäß § 1 festgelegten Innenbereiches ein rechtsverbindlicher qualifizierter Bebauungsplan vorliegt oder nach Inkraft—treten dieser Satzung bekannt gemacht wird, richtet sich die planungs—rechtliche Zulässigkeit von Vorhaben nach § 30 BauGB.

§ 3

Folgende grünordnerische Festsetzungen sind einzuhalten:

In der durch Planzeichen festgesetzten privaten Grünfläche sind Pflanzmaßnahmen zur Ortsrandeingrünung durchzuführen. Der Standort der festgesetzten Baumpflanzung kann innerhalb der privaten Grünfläche verändert werden.

Mindestens 2/3 dieser Grünfläche ist durch eine 3-reihige Heckenpflanzung aus heimischen Gehölzarten bepflanzen.



Abgrenzungs- und Einbeziehungssatzung "Gerlhausen"

gem. § 34 BauGB

Flurst. Nr. 1098/2 , 1095/1, 815, 815/1, und 815/2

Gemarkung Appersdorf

Gemeinde Zolling

Maßstab:

1:1000

Datum:

27.06.2001

Änderungen:

11.09.2001

\_

\_

WS-LANDCADD



Landschaftsarchitekturbüro
Albert Schneider Dipl.lng. Landschaftsarchitekt

Wolframstr.14 85395 Billingsdorf Tel. 08168/963033

Fax 08168/963034

## Satzung

über die Abgrenzung und Einbeziehung einzelner Außenbereichsflächen in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil Gerlhausen

(Abgrenzungs- und Einbeziehungssatzung)

Aufgrund des § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1, § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 und § 34 Abs. 4 Satz 2 BauGB i.V.m.Art. 23 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) erläßt die Gemeinde Zolling folgende Satzung über die Abgrenzung und Einbeziehung einzelner Außenbereichsflächen in den im Zusammenhang bebauten Ortsteil Gerlhausen:

## A) Planzeichen als Festsetzungen



Umgrenzung der Fläche, die von der Bebauung freizuhalten ist

Fläche für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft (§9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

private Grünfläche (§9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

festgesetzte Baumpflanzung (§9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

festgesetzte Obstbaumpflanzung (§9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

B) Planzeichen als Hinweise und nachrichtliche Übernahmen

bestehende Grundstücksgrenze

1097 Flurnummern z.B. Fl.Nr. 1097

Diese Satzung tritt am Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

D) Hinweise durch Text

Einzuhaltende Hinweise für die Bebayung:

- (1) Sämtliche Bauvorhaben sind an die zentrale Trinkwasserversorgung anzuschließen.
- (2) Sämtliche Bauvorhaben sind an die zentrale Abwasserbeseitigungs—anlage anzuschließen.
- (3) Sämtliche Bauvorhaben sind gegen Schicht— und Hangwasser zu sichern.
- (4) Die Grundstücksentwässerungsanlagen müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechen (DIN 1986 ff.). Oberflächenwasser darf nicht in den Straßengraben entwässert werden.
- (5) Das einbezogene Grundstück ist von allen Seiten von landwirtschaftlich genutzten Flächen umgeben. Mit entsprechenden Immissionen wie z.B. Lärm, Geruch, landwirtschaftlichem Fahrverkehr usw. muss gerechnet werden.
- (6) Um im Einmündungsbereich einer Zufahrt zur Kreisstraße FS 22 die Verkehrssicherheit zu gewährleisten, ist die Anlegung einer privaten Zufahrt vom einbezogenen Grundstück zur FS 22 vom Bauwerber mit dem Landratsamt Freising, SG Tiefbau abzustimmen. Für die Zufahrt zur FS 22 darf dabei nur die Zufahrt, die bereits auf Fl. Nr. 1098/2, 1095/1, 815/1 und 815/2 jeweils Gemarkung Appersdorf besteht, ausgebaut bzw. verlängert werden. Das hierzu notwendige Geh— und Fahrtrecht für die bestehende bzw. künftige private Zufahrt ist hierbei durch die Eigentümer der o. g. Grund—stücke durch Eintragung von entsprechenden Grunddienstbarkeiten dinglich zu sichern. Desweiteren ist für die private Zufahrt zur FS 22 eine Vereinbarung mit dem Landkreis Freising abzuschließer.
- (7) Zu den Bauvorhaben ist grundsätzlich ein Freiflächengestaltungsplan einzureichen.

(Hinweis: Es wird empfohlen, den Inhalt und die Erarbeitung der Freiflächengestaltungspläne mit der Unteren Naturschutzbehörde abzustimmen.)

